

Das Deutsche Reich und der U-Bootkrieg.

Der Standpunkt der Marineautoritäten. — Eine Ankündigung kommender Möglichkeiten.

Die Polemik der konservativen Rechtspresse gegen den deutschen Reichskanzler, durch die nicht recht verständliche Verweigerung der Bestätigung Kapps nach seiner Wiederwahl zum Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen neuerlich angeregt, geht weiter. Mit großer Entschiedenheit betont die Rechtspresse, die Opposition ihrer Partei habe nichts mit der vom Reichskanzler verkündeten innerpolitischen Neuorientierung zu tun, sondern entspringe ausschließlich patriotischen Bedenken gegen die Führung der auswärtigen Politik. Insbesondere wird immer wieder auf die Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegenüber Wilson in der Frage des Tauchbootkrieges verwiesen. In einer Polemik gegen den bekannten Zentrumspublicisten Dr. Bachem, der im „Tag“ zwischen den streitenden Lagern zu vermitteln und zugleich dem Standpunkt des Reichskanzlers gerecht zu werden versucht hatte, schreibt der konservative Waltherr Graef mit Bezug auf die Tauchbootfrage:

Es wird erneut von den angeblichen militärischen Aufklärungen gesprochen, die im Hauptausschuß des Reichstages über die U-Boote gegeben seien und die es unverständlich erscheinen ließen, daß noch immer der Wunsch nach einer rücksichtslosen Durchführung des Unterwasserkrieges laut werde. Herr Dr. Bachem scheint nicht zu wissen, daß die von maritimen Autoritäten im Hauptausschuß gemachten Angaben die Erfolgsmöglichkeit des U-Bootkrieges außer Frage gestellt haben. Es ist ein Verdienst des Großadmirals v. Köster, daß er in seiner großen Rede auf der Tagung des Deutschen Flottenvereines ausdrücklich festgestellt hat, daß nicht aus maritimen, sondern ausschließlich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Verwendung unserer U-Bootwaffe in der von Tirpitz gewünschten Weise unterblieben ist, und daß wir „mit dem rücksichtslosen Gebrauch der U-Bootwaffe den Feind in verhältnismäßig kurzer Zeit ins Herz zu treffen in der Lage wären“. Da nach dem Zeugnis des Herrn Reichskanzlers von einem Frieden zurzeit keine Rede sein kann, wird sehr bald der Zeitpunkt kommen, wo man im Volke sich die Frage vorlegt, weshalb wir denn eigentlich vom U-Bootkrieg nach Tirpitz' Willen Abstand genommen haben, da an eine schnelle Beendigung des Krieges doch nicht zu denken ist? Zumal wenn inzwischen die im Hauptausschuß des Reichstages gemachten Zahlenangaben über die Wirkungsmöglichkeiten unserer U-Boote (bei rücksichtsloser Anwendung) ins Volk gedrungen sein werden, was ja trotz Zensur auf die Dauer nicht zu verhindern ist! Der Führer des Zentrums, Dr. Spahn, hat, als er am 5. Juni im Reichstag an die Seite des Reichskanzlers trat, mit seiner Stellungnahme die alte Tradition der Zentrumsparthei gewahrt, in Fragen der auswärtigen Politik die Regierung zu unterstützen. Das liegt gewiß im Reichsinteresse. Wenn darum die Konservativen diesmal auf der Oppositionsbank Platz nahmen, so müssen sehr gewichtige Gründe dafür maßgebend gewesen sein.

Was da Graef über die Mitteilungen maritimer Autoritäten im Reichstagsausschuß bezüglich der Erfolgsmöglichkeiten eines rücksichtslosen U-Bootkrieges andeutungsweise und im Zusammenhang mit den bekannten Äußerungen des Großadmirals v. Köster sagt, verdient sicherlich die größte Beachtung. Man erzählt hier so gut wie authentisch, was bisher nur Vermutung gewesen war, daß die Nachgiebigkeit gegenüber dem Verlangen Wilsons keineswegs auf die etwaige Annahme einer Unzulänglichkeit der Tauchbootwaffe, sondern ausschließlich auf politische und wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist; die Marineautoritäten erklärten dem Reichstagsausschuß, der Erfolg eines rücksichtslosen U-Bootkrieges gegen England binnen kurzer Zeit stehe „außer Frage“. Ueber die Art der politischen und wirtschaftlichen Gründe, mit denen

der Reichskanzler für den Aufschub des Tauchbootkrieges die Zustimmung der Reichstagsmehrheit zu erhalten vermochte, sagt Graef nur, daß „damals wie heute der Konflikt (der Konservativen mit dem Kanzler) in der verschiedenartigen Auffassung unseres Verhältnisses zu England begründet liegt.“

Nun ergreift im „Tag“ (Nr. 152) der mehr nach rechts geneigte nationalliberale Mittelstandspolitiker Abg. Dr. Hugo Böttger zu einer neuerlichen Verteidigung der Kanzlerpolitik das Wort und macht, was in diesem Zusammenhange und weil der Aufsatz wohl aus einem Einvernehmen mit offiziellen Kreisen hervorgegangen ist, zweifellos mehr sein will als eine bloß für den Tag berechnete Beschwichtigungsrede, auf die Schlusssätze in der deutschen Antwortnote an Wilson aufmerksam:

„Es wird ihm (England) jedenfalls nichts geschenkt werden, sobald die Zeit erfüllt sein wird, und das ist wohl auch bei den nächstträglichen Erörterungen zur U-Bootfrage nicht immer genügend beachtet worden, daß in der deutschen Antwortnote an Amerika die Freiheit unseres Handels zur geeigneten Zeit durchaus gesichert ist.“

Bekanntlich hat die deutsche Antwortnote an Wilson nur eine einstweilige Einstellung des rücksichtslosen Tauchbootkrieges zugesagt und zwar bis zu dem Zeitpunkte, in welchem es klar sein wird, ob Wilsons Bemühungen, Englands Seekriegsführung der Menschlichkeit, dem Völkerrecht und den internationalen Vereinbarungen anzupassen, erfolgreich waren oder nicht. Für den letzteren Fall behielt sich Deutschland ausdrücklich die Freiheit weiterer Entschlüsse vor. Also aufgeschoben insofern politischer und wirtschaftlicher Gründe, aber nicht aufgehoben ist der rücksichtslose Tauchbootkrieg. Man erkennt unschwer, wie sehr Böttgers Erinnerung den Gegensatz zwischen Kanzler und Konservativen verringert.